

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	44. Plenarsitzung Gemeinderat
	GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	
vom: 04.12.2012	Termin:	15.01.2013
eingegangen: 04.12.2012	Vorlage Nr.:	1319
	TOP:	11
	Verantwortlich:	öffentlich
		Dez. 3
Spiel-, Betreuungs- und Lernangebote für Kinder und Jugendliche in den Außenstellen der Landesaufnahmestelle für Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Stadtgebiet		

- Kurzfassung -

Ziel der Stadt Karlsruhe ist es darauf hinzuwirken, dass die vom Regierungspräsidium außerhalb der Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge (LAST) angemieteten Ausweichunterkünfte für Asylsuchende zeitnah aufgelöst und alle in Karlsruhe ankommenden Asylsuchenden in den Räumlichkeiten der LAST in der Durlacher Allee 100 untergebracht werden.

Dem zuständigen Regierungspräsidium Karlsruhe wurde - falls die Erforderlichkeit, wie z. B. in der Delawarestraße, vorliegt - die fachliche Unterstützung der Stadt Karlsruhe und des Stadtjugendausschusses Karlsruhe e. V. bei der Entwicklung eines Betreuungsangebots für die außerhalb der LAST untergebrachten Kinder und Jugendlichen angeboten. Kostenträger für solche Angebote ist ausschließlich das Land.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Haushaltsmittel: Kontierungsobjekt: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am:		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit:		

Außerhalb der LAST, die am 17.12.2012 mit 850 Asylsuchenden belegt war, waren in den vom Regierungspräsidium Karlsruhe angemieteten acht Ausweichunterkünften in Karlsruhe weitere 395 Personen untergebracht.

Die Zahl der in der LAST lebenden Menschen konnte im Vergleich zu November 2012 um ca. 400 Personen und in den Ausweichunterkünften um über 300 Personen reduziert werden. Dies ist auf die leicht rückläufige Zahl der Asylsuchenden zurückzuführen. Daneben kommen die aufnahmepflichtigen Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg zunehmend ihrer Verpflichtung nach, Asylsuchende im Rahmen des Verteilungsverfahrens unterzubringen. In den vergangenen Wochen waren die Abgänge in die Stadt- und Landkreise regelmäßig höher als die Neuzugänge. Nach Einschätzung des Regierungspräsidiums wird dieser Trend auf absehbare Zeit anhalten. Folge dieser Entwicklung wäre die ohnehin angestrebte sukzessive Schließung der Ausweichunterkünfte im Stadtgebiet.

Durch den deutlichen Rückgang der Belegungszahlen in den Ausweichunterkünften hat sich die Situation, insbesondere auch für die Kinder und Jugendlichen, erheblich entspannt.

Sofern entgegen der derzeitigen Einschätzung des Regierungspräsidiums Karlsruhe Unterbringungen außerhalb der LAST längerfristig notwendig bleiben sollten, wäre zu prüfen, ob neben dem Betreuungsangebot in der Delawarestraße weitere Angebote für Kinder und Jugendliche notwendig sind. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass nur die räumliche Nähe der Unterkunft in der Delawarestraße zum NCO-Club das dortige Angebot ermöglicht.

Vor der Einrichtung weiterer Betreuungsangebote wären folgende Fragen zu klären:

- Welche speziellen Beratungs- und Freizeitangebote sind für die jeweilige Ausweichunterkunft notwendig und möglich?
- Welche Angebote sind pädagogisch sinnvoll?

- Welche Räumlichkeiten stehen an geeigneter Stelle zur Verfügung?
- Kann die Belegung der Ausweichunterkünfte durch das Regierungspräsidium Karlsruhe so gesteuert werden, dass vorhandene Angebote in der LAST und der Delawarestraße primär genutzt werden können?
- Können die Eltern der Kinder und Jugendlichen in notwendige Betreuungsangebote mit integriert werden?

Bei der gegebenenfalls erforderlichen Entwicklung notwendiger Betreuungsangebote außerhalb der LAST haben die Stadt Karlsruhe und der Stadtjugendausschuss Karlsruhe e. V. dem Regierungspräsidium ihre fachliche Unterstützung angeboten.

Der Jugendhilfeausschuss wird über die weitere Entwicklung informiert.